

Tiertransporte durch die Schweiz: Disziplinarbeschwerde gegen BVET

Irreführung der Öffentlichkeit vorgeworfen. Der Thurgauer Tierschützer Erwin Kessler hat eine Disziplinarbeschwerde gegen das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) erhoben. Er wirft ihm im Zusammenhang mit einer Ordnungsrevision amtspflichtswidrige Irreführung der Öffentlichkeit vor.

Dabei geht es um die geplante Totalrevision der Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten (EDAV). Mit dieser und anderen Gesetzesänderungen sollen administrative Vorschriften für den Grenzübertritt von Tieren und tierischen Produkten aus der EU abgebaut werden. Dabei wurde im Entwurf zur revidierten EDAV auch das bisher geltende Verbot für internationale Tiertransporte auf der Strasse durch die Schweiz gestrichen. Aus diesem Grund hat Kessler in einem am 15. August datierten Brief an die neue Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard Disziplinarbeschwerde gegen das BVET erhoben.

Nicht in Erläuterungen erwähnt

Vor einigen Jahren habe Pascal Couchepin, der damalige Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, den Tierschutzorganisationen schriftlich versprochen, dieses Verbot in den bilateralen Verhandlungen mit der EU nicht zu opfern, schreibt Kessler in seinem Brief. Das BVET tue nun jedoch genau das Gegenteil.

Gegenüber der Sendung «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens vom 14. August habe BVET-Sprecher Marcel Falk dies mit Verhandlungen mit der EU begründet. Dies laufe den bundesrätlichen Vorgaben entgegen und stelle eine erste Amtspflichtverletzung dar. Eine weitere Amtspflichtverletzung liegt laut Kessler vor, weil Falk in der-

selben Sendung die Aufhebung des Verbots habe bagatellisieren wollen. Er habe gesagt, für internationale Tiertransporte gelte weiter das Schweizer Tierschutzgesetz, was gezielt den Eindruck erwecke, solche Transporte seien tiergerecht. Ferner kritisiert Kessler in seinem Brief an Leuthard, dass die Streichung des Verbots nicht in den Erläuterungen zur Revision enthalten sei. Diese Vertuschungsaktion verletze ebenfalls die Amtspflicht des BVET.

Schweiz will für Beibehaltung eintreten

Die Schweiz habe über das Verbot noch nicht mit der EU verhandelt, sagte dazu BVET-Sprecherin Cathy Maret. In den Gesprächen, die auf Amtsebene geführt werden, wolle die Schweiz jedoch für eine Beibehaltung des Verbots eintreten. «Diese Aufhebung des Verbots hätte in den Erläuterungen kommentiert sein müssen», sagte Maret weiter. Bei der Erstellung des Erläuterungen habe man daran jedoch nicht gedacht. sda

